



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2011/0436(APP)

15.10.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Ausschuss für Kultur und Bildung

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für den Zeitraum 2014–2020
(COM(2011)0884 – C7-0000/2012 – 2011/0436(APP))

Verfasser der Stellungnahme: Gerald Häfner

PA_Legam

KURZE BEGRÜNDUNG

Vorschlag der Kommission

Die Kommission hat für den Zeitraum 2014–2020 ein Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ vorgeschlagen. Im Vorschlag werden die Erfahrungen und Bewertungen des laufenden Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2007–2013 ebenso wie Konsultationen der Interessenträger berücksichtigt. Außerdem wurde eine umfassende Folgenabschätzung durchgeführt.

Das allgemeine Ziel des Programms gemäß dem Vorschlag der Kommission besteht darin, „das Geschichtsbewusstsein zu stärken und die Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene auszubauen“. Die spezifischen Ziele wären „Förderung der Debatte, Reflexion und Zusammenarbeit über Geschichtsbewusstsein, europäische Integration und europäische Geschichte“ sowie „Verbesserung von Politikverständnis und Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, am politischen Entscheidungsprozess der EU teilzunehmen, und Entwicklung von Möglichkeiten für solidarisches Handeln, gesellschaftliches Engagement und Freiwilligentätigkeit auf EU-Ebene“. Die Kommission hat auch mehrere operative Ziele festgelegt, die es ihres Erachtens ermöglichen werden, konstantere Indikatoren festzulegen und so die erzielten Fortschritte und Auswirkungen objektiver und detaillierter zu beurteilen. Diese operativen Ziele sind „Unterstützung für Organisationen, die Debatten und Aktivitäten im Bereich des Geschichtsbewusstseins, der europäischen Werte und der europäischen Geschichte fördern“, „Unterstützung für Organisationen von allgemeinem europäischem Interesse, für transnationale Partnerschaften und für Netze zur Förderung der Interaktion zwischen Bürgern über EU-Themen“ und eine bereichsübergreifende Dimension „Analyse, Verbreitung und Valorisierung von Projektergebnissen durch interne und externe Aktivitäten“. Auf dieser Grundlage schlägt die Kommission drei Einzelaktionen des Programms vor: „Geschichtsbewusstsein und europäische Bürgerschaft“, „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“ und „Valorisierung“.

Der Vorschlag fügt sich insbesondere in den Kontext der demokratischen Grundsätze von Artikel 10 und 11 EUV¹ ein, ohne dass dadurch der spezifische Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Projektbeteiligten und den Interessengruppen wegfällt. Die Kommission möchte die Aktivitäten im Rahmen dieses Programms auch sehr viel enger mit der konkreten Politik verflechten. Das Programm sieht Beiträge zu den Betriebskosten und aktionsbezogene Finanzhilfen auf der Grundlage von offenen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und durch im Zuge von Ausschreibungen vergebene Dienstleistungsverträge vor. Vorgesehen ist, weiterhin eine Exekutivagentur mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung

¹ Insbesondere das Recht aller Bürger, am demokratischen Leben der Union teilzuhaben, und die Pflichten der Organe und Einrichtungen, Entscheidungen so offen und bürgernah wie möglich zu treffen, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekanntzugeben und auszutauschen und einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft zu pflegen.

des Programms zu beauftragen. Die vorgeschlagene Finanzausstattung beläuft sich auf 229 Mio. EUR zu jeweiligen Preisen¹.

Bewertung und Änderungsvorschläge

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersuchte den Rechtsausschuss um Stellungnahme, ob die von der Kommission für das Programm gewählte Rechtsgrundlage (Artikel 352 AEUV) angemessen sei. Der Rechtsausschuss beschloss in seiner Sitzung vom 27. März 2012 die Empfehlung, dass Artikel 167 und 352 AEUV als Rechtsgrundlage dienen sollten. In dieser Stellungnahme werden daher Änderungsanträge nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vorgeschlagen.

Die Änderungsvorschläge zielen hauptsächlich darauf ab, den Kommissionsvorschlag um Elemente zu ergänzen, die möglicherweise etwas mehr Gewicht erhalten sollten, beispielsweise die Bedeutung von gemeinsamen Projekten mehrerer Interessenträger, Kleinprojekte, die Vernetzung, den Grundsatz der geografischen Vielfalt und die notwendige Einbeziehung schwer zu erreichender Gruppen.

Weitere Änderungsanträge betreffen finanzielle und administrative Aspekte im Zusammenhang mit der Umsetzung des Programms, den deutlichen Hinweis darauf, dass das Programm nicht den spezifischen horizontalen Dialog ersetzt, für den Verwaltungsmittel der Kommission genutzt werden können, und die Streichung der institutionellen Kommunikation über die politischen Prioritäten der Europäischen Union aus diesem Programm, da begrenzte Mittel soweit wie möglich auf Bottom-up-Initiativen konzentriert werden sollten.

Ebenso wurden im Einklang mit der im Rahmen der Bewertung des laufenden Programms geäußerten Kritik an „hochrangigen Veranstaltungen der EU“ Formulierungen betreffend Aktivitäten auf „EU-Ebene“ ersetzt durch „Aktivitäten, die auf transnationaler Ebene oder mit einer klaren europäischen Dimension durchgeführt werden“. Einer solchen Formulierung liegt die Idee zugrunde, dass damit alle Optionen, auch für nationale und lokale Aktionen sowie bestimmte Veranstaltungen auf EU-Ebene, sofern zweckmäßig, offen bleiben.

Mit anderen Änderungsanträgen werden förderfähige Aktionen und der Kreis der förderfähigen Begünstigten ausgeweitet, oder im Fall der Einzelaktion zum Geschichtsbewusstsein wird für die entsprechenden Maßnahmen eine spezifischere Zielsetzung vorgeschlagen. Hinsichtlich des Bezugs zur politischen Agenda der EU wird vorgeschlagen, solchen Aktionen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, ihnen jedoch nicht die Vorzugsbehandlung zu gewähren, die die Kommission vorschlägt.

Fortschrittsindikatoren wurden aus den Artikeln über die Zielsetzungen des Programms gestrichen. Es erscheint zweckmäßiger, derartige Indikatoren im Anhang zum Vorschlag zu berücksichtigen. Außerdem sind sie schwierig in einer Phase zu benennen, in der nicht klar ist, wie viele Mittel verfügbar sein werden. Der Ausschuss könnte auch in Erwägung ziehen,

¹ Gemäß dem Beschluss 1904/2006 über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ist für den Programmplanungszeitraum 2007–2013 eine Finanzausstattung von 215 Mio. EUR (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 36) vorgesehen.

im Anhang eine indikative Aufschlüsselung der Gesamtmittel auf die Einzelaktionen des Programms hinzuzufügen.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Änderungsanträge in seinen Bericht zu übernehmen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Bezugsvermerk 1

Vorschlag der Kommission

– gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 352,

Geänderter Text

– gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere auf **Artikel 167 und** Artikel 352,

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Mit der Strategie Europa 2020 möchten die Europäische Union und die Mitgliedstaaten im kommenden Jahrzehnt Wachstum, Beschäftigung, Produktivität und sozialen Zusammenhalt fördern.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um Europa seinen Bürgerinnen und

Geänderter Text

(4) **Gemäß Artikel 10 Absatz 3 des**

Bürgern näherzubringen und um diesen die uneingeschränkte Beteiligung am Aufbau einer immer enger verflochtenen EU zu ermöglichen, sind eine Vielzahl an Aktionen und koordinierten Bemühungen durch Aktivitäten auf transnationaler **und EU-Ebene notwendig**. Die europäische Bürgerinitiative ist eine einzigartige Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Gestaltung der EU-Rechtsvorschriften mitwirken zu lassen.

Vertrags über die Europäische Union haben alle Bürgerinnen und Bürger das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen. Um Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen und um diesen die uneingeschränkte Beteiligung am Aufbau einer immer enger verflochtenen EU zu ermöglichen, sind eine Vielzahl an **partizipatorischen** Aktionen und koordinierten Bemühungen durch Aktivitäten **notwendig, die** auf transnationaler **Ebene umgesetzt werden oder eine klare europäische Dimension aufweisen**. Die europäische Bürgerinitiative ist eine einzigartige **neue** Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Gestaltung der EU-Rechtsvorschriften mitwirken zu lassen **und einen umfassenderen Dialog über EU-Angelegenheiten und das Interesse der Öffentlichkeit daran zu fördern**.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

(6) Der Zwischenbericht, eine öffentliche Online-Konsultation und zwei Anhörungen mit *Stakeholdern* bestätigten, dass sowohl Organisationen der Zivilgesellschaft als auch teilnehmende Einzelpersonen das neue Programm als relevant einschätzen; es sollte so eingerichtet werden, dass es auf Ebene der Organisationen beim Kapazitätsaufbau und auf Ebene der Einzelpersonen bei einem verstärkten Interesse für EU-Angelegenheiten greift.

Geänderter Text

(6) Der Zwischenbericht, eine öffentliche Online-Konsultation und zwei Anhörungen mit *Interessenträgern* bestätigten, dass sowohl Organisationen der Zivilgesellschaft als auch teilnehmende Einzelpersonen das neue Programm als relevant einschätzen; es sollte so eingerichtet werden, dass es auf Ebene der Organisationen beim Kapazitätsaufbau und auf Ebene der Einzelpersonen bei einem verstärkten Interesse für **und aktiver Einbeziehung in** EU-Angelegenheiten greift.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Derartige Synergien lassen sich auch erreichen, indem zur Umsetzung der Artikel 10 und 11 des Vertrags über die Europäische Union angemessene Mittel aus dem Verwaltungshaushalt der einzelnen Generaldirektionen der Kommission für die öffentliche Beteiligung, den Dialog und Partnerschaften eingesetzt werden.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Außerdem sollte ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, die Tätigkeiten der europäischen politischen Parteien in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einer Mitwirkung in diesen Parteien zu steigern.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(9) Eine bereichsübergreifende Dimension des Programms sollte die Valorisierung und Übertragbarkeit der Ergebnisse gewährleisten, damit eine bessere Wirkung und langfristige Nachhaltigkeit erzielt werden. ***Zu diesem Zweck sollten die angebotenen Aktivitäten einen klaren***

(9) Eine bereichsübergreifende Dimension des Programms sollte die Valorisierung und Übertragbarkeit der Ergebnisse gewährleisten, damit eine bessere Wirkung und langfristige Nachhaltigkeit erzielt werden, ***unter anderem durch Vernetzung und Plattformen für den Austausch von***

Bezug zur politischen Agenda der EU haben und entsprechend vermittelt werden.

Informationen, Wissen und bewährten Verfahren, auch in Bezug auf besondere Methoden wie den verstärkten Einsatz von Informationstechnologien, Datenbanken und den sozialen Medien.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(9a) Die Tragweite des Programms kann durch die Unterstützung von Aktivitäten verbessert werden, die einen klaren Bezug zur politischen Agenda der EU aufweisen, die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen in der Union stärken und das bürgerschaftliche Engagement fördern.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 10

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(10) Besonderes Augenmerk sollte – unter Berücksichtigung **des multilingualen Charakters** der EU – einer ausgewogenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft aller Mitgliedstaaten an **transnationalen** Projekten und Aktivitäten gelten.

(10) Besonderes Augenmerk sollte – unter Berücksichtigung **der sprachlichen und geografischen Vielfalt** der EU **und der notwendigen Einbeziehung schwer zu erreichender Gruppen** – einer ausgewogenen Beteiligung **und Mitwirkung** der Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft aller Mitgliedstaaten an Projekten und Aktivitäten gelten.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Stärkere Sensibilisierung für das Geschichtsbewusstsein und die Geschichte, Identität und **Zielsetzung der Europäischen Union** durch die Förderung von Debatten, Reflexion und Vernetzung;

der Fortschritt wird anhand der Zahl der direkt wie indirekt erreichten Empfänger, der Qualität der Projekte und des Prozentsatzes der Erstantragsteller gemessen.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. Stärkung der **demokratischen Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene, indem den** Bürgerinnen und **Bürgern** der **politische Entscheidungsprozess in der EU nähergebracht wird und Möglichkeiten für soziales Engagement und Freiwilligentätigkeit auf EU-Ebene gefördert werden.**

Der Fortschritt wird anhand der Zahl der direkt wie indirekt erreichten Empfänger, der Wahrnehmung der EU und ihrer Organe durch die Empfänger, der Qualität der Projekte und des Prozentsatzes der Erstantragsteller gemessen.

Geänderter Text

1. Stärkere Sensibilisierung für das Geschichtsbewusstsein und die **neueste** Geschichte **der Union und Europas mit dem Ziel, die Toleranz, das gegenseitige Verständnis sowie die gemeinsame Identität und gemeinsame Werte und Ziele** durch die Förderung von Debatten, Reflexion und Vernetzung **voranzubringen.**

Geänderter Text

2. Stärkung **und Verbesserung** der **Beteiligung der** Bürgerinnen und **Bürger an den Entscheidungen** der EU und **Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, auch durch Ausarbeitung neuer demokratischer Verfahren und Instrumente.**

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– Bürgerbegegnungen,
Städtepartnerschaften

Geänderter Text

– Bürgerbegegnungen ***und -foren***,
Städtepartnerschaften ***und gemeinsame
Projekte der lokalen Behörden, der
Zivilgesellschaft und anderer lokaler
Akteure***

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

– Schaffung und Pflege transnationaler
Partnerschaften und Netze

Geänderter Text

– Schaffung und Pflege transnationaler
Partnerschaften und Netze,
***Zusammenarbeit von Organisationen
unterschiedlichen Typs und Dialog
zwischen der Zivilgesellschaft und den
Organen der Union***

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 4

Vorschlag der Kommission

– Gemeinschaftsbildung und Debatten zu
Bürgerschaftsthemen unter Nutzung von
IKT und/oder sozialen Medien

Geänderter Text

– Gemeinschaftsbildung und Debatten zu
Bürgerschaftsthemen, ***unter anderem*** unter
Nutzung von IKT und/oder sozialen
Medien

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**– Veranstaltungen auf Ebene der
Europäischen Union**

entfällt

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**– Debatten/Studien zur Festlegung von
Meilensteinen in der europäischen
Geschichte, insbesondere, um die
Erinnerung an die Verbrechen in der Nazi-
und Stalinzeit nicht verblassen zu lassen**

**– Debatten/Studien zur Festlegung von
Meilensteinen in der europäischen
Geschichte *und Integration, unter
anderem*, um die Erinnerung an die
Verbrechen in der Nazi- und Stalinzeit
nicht verblassen zu lassen *und Toleranz
und gegenseitiges Verständnis zu fördern***

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**– Debatten/Studien über die Zukunft der
Union**

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**– Debatten, Studien und
Meinungsumfragen zu Angelegenheiten
mit unmittelbaren Auswirkungen auf das**

Änderungsantrag 19

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 8**

Vorschlag der Kommission

– Initiativen, um die EU-Organe und ihre Funktionsweise mehr in den Vordergrund zu rücken

Geänderter Text

– Initiativen, um die EU-Organe und ihre Funktionsweise mehr in den Vordergrund zu rücken, ***das diesbezügliche Politikverständnis der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements und der ehrenamtlichen Tätigkeit auf der Ebene der Union zu fördern***

Änderungsantrag 20

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 9**

Vorschlag der Kommission

– ***Aktionen*** zur Nutzung und weiteren Valorisierung der Ergebnisse der unterstützten Initiativen

Geänderter Text

– ***Sensibilisierungs- und Verbreitungsmaßnahmen*** zur Nutzung und weiteren Valorisierung der Ergebnisse der unterstützten Initiativen, ***unter anderem durch Vernetzung und Plattformen für den Austausch von Informationen, Wissen und bewährten Verfahren***

Änderungsantrag 21

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 3 – Absatz 2 – Spiegelstrich 10**

Vorschlag der Kommission

– Studien zu Themen im Zusammenhang

Geänderter Text

– ***Debatten und*** Studien zu Themen im

mit Bürgerschaft und Bürgerbeteiligung

Zusammenhang mit Bürgerschaft und Bürgerbeteiligung *und Information der Öffentlichkeit in Bezug auf die Tätigkeiten der europäischen politischen Parteien und die Möglichkeiten einer direkten Mitwirkung in ihnen*

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6

Vorschlag der Kommission

Das Programm steht allen Stakeholdern offen, die die europäische Integration fördern, insbesondere lokalen Behörden und Organisationen, europäischen öffentlichen Forschungseinrichtungen, die sich mit politischen Themen beschäftigen (*Think-Tanks*), Bürgergruppen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft (z. B. Verbände von Überlebenden) sowie **Bildungs- und Forschungseinrichtungen**.

Geänderter Text

Das Programm steht allen Interessenträgern offen, die die europäische Integration fördern, insbesondere lokalen Behörden, **nichtstaatlichen Akteuren und** Organisationen, europäischen öffentlichen Forschungseinrichtungen, die sich mit politischen Themen beschäftigen (*Ideenfabriken*), Bürgergruppen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft (z. B. Verbände von Überlebenden) sowie **Bildungsträgern und -einrichtungen**.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. Die im Rahmen dieser Verordnung den Kommunikationsaktionen zugewiesenen Ressourcen tragen darüber hinaus zur institutionellen Kommunikation der politischen Prioritäten der Europäischen Union bei, soweit sie in Zusammenhang mit den allgemeinen Zielen dieser Verordnung stehen.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 1 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Es werden Aktivitäten unterstützt, die zur Reflexion über gemeinsame Werte im weitesten Sinne einladen; Vielfalt wird dabei berücksichtigt. Es könnten Initiativen gefördert werden, die sich mit den Ursachen für die totalitären Regime in der neueren Geschichte Europas (vor allem, aber nicht ausschließlich Nationalsozialismus und Stalinismus) und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen. In diesen Bereich sollten auch Aktivitäten zu anderen wichtigen Momenten der *jüngeren* europäischen Geschichte fallen. Insbesondere werden Maßnahmen bevorzugt, die zu Toleranz und Versöhnung aufrufen **und sich an die jüngere Generation wenden**.

Geänderter Text

Es werden Aktivitäten unterstützt, die zur Reflexion über gemeinsame Werte im weitesten Sinne einladen; Vielfalt wird dabei berücksichtigt. Es könnten Initiativen gefördert werden, die sich mit den Ursachen für die totalitären Regime in der neueren Geschichte Europas (vor allem, aber nicht ausschließlich Nationalsozialismus und Stalinismus) und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen. In diesen Bereich sollten auch Aktivitäten zu anderen wichtigen Momenten **und prägenden Augenblicken** der *neuesten* europäischen Geschichte **und wichtige Meilensteine der europäischen Integration** fallen. Insbesondere werden Maßnahmen bevorzugt, die zu Toleranz, **gegenseitigem Verständnis** und Versöhnung aufrufen.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 1 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Für diesen Bereich werden etwa 20 % (Richtwert) des gesamten Programmbudgets angesetzt.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 2 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Definiert wird dieser Bereich durch die

Definiert wird dieser Bereich durch die

Projekte und Initiativen, die zu diesem Thema ins Leben gerufen werden können, und nicht durch die Art von Bürgerorganisationen oder Akteuren, die den Antrag stellen können. In diesen Bereich fallen Aktivitäten, die die Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne abdecken, mit besonderem Augenmerk auf Strukturierungsmethoden für langfristige Nachhaltigkeit. **Den Vorzug erhalten** Initiativen und **Projekte** mit einem klaren Bezug zur politischen Agenda der EU.

Projekte und Initiativen, die zu diesem Thema ins Leben gerufen werden können, und nicht durch die Art von Bürgerorganisationen oder Akteuren, die den Antrag stellen können. In diesen Bereich fallen Aktivitäten, die die Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne abdecken, mit besonderem Augenmerk auf Strukturierungsmethoden für langfristige Nachhaltigkeit. **Besondere Aufmerksamkeit gilt** Initiativen und **Projekten** mit einem klaren Bezug zur politischen Agenda der EU, **solchen zur Zusammenarbeit und Vernetzung von Organisationen unterschiedlichen Typs, zum Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den Organen der Union und solchen mit bürgernahen Methoden. Es wird auch angestrebt, schwer erreichbare Gruppen einzubinden.**

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 2 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Dieser Bereich deckt darüber hinaus Projekte und Initiativen ab, die Solidarität, gesellschaftliches Engagement und Freiwilligentätigkeit **auf EU-Ebene möglich machen.**

Geänderter Text

Dieser Bereich deckt darüber hinaus Projekte und Initiativen ab, die Solidarität **möglich machen und die partizipative Demokratie**, gesellschaftliches Engagement, **Vernetzung** und Freiwilligentätigkeit **fördern.**

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 2 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Für diesen Bereich werden etwa 70 % (Richtwert) des gesamten Programmbudgets angesetzt.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Die Aktion umfasst „Kapazitätsaufbau“ – die Entwicklung flankierender Maßnahmen, um bewährte Verfahren auszutauschen, die Erfahrungen der *Stakeholder* auf lokaler und regionaler Ebene, einschließlich öffentlicher Stellen, zu bündeln und neue Fähigkeiten – z. B. durch Schulungen – zu entwickeln. Zu letzterem könnten auch Peer-to-Peer-Austausch, Schulungen für Lehrkräfte oder Ausbilder *sowie z. B. die Entwicklung einer Datenbank zu den vom Programm finanzierten Organisationen/Projekten* zählen.

Geänderter Text

Die Aktion umfasst „Kapazitätsaufbau“ – die Entwicklung flankierender Maßnahmen, um bewährte Verfahren auszutauschen, die Erfahrungen *und Wissen* der *Interessenträger, auch* auf lokaler und regionaler Ebene *und* einschließlich öffentlicher Stellen, zu bündeln und neue Fähigkeiten – z. B. durch Schulungen – zu entwickeln. Zu letzterem könnten auch Peer-to-Peer-Austausch *und* Schulungen für Lehrkräfte oder Ausbilder zählen.

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 1 – Bereich 3 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Für diesen Bereich werden etwa 10 % (Richtwert) des gesamten Programmbudgets angesetzt.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 2 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Den Vorzug erhalten im Allgemeinen Projekte mit großen Auswirkungen, insbesondere solche, die *direkt* in Bezug *mit* den EU-Strategien *zur* Teilnahme an

Den Vorzug erhalten im Allgemeinen Projekte mit großen Auswirkungen, *auch Kleinprojekte*, insbesondere solche, die in Bezug *zu* den *aktuellen* EU-Strategien

der Gestaltung der politischen Agenda der EU *stehen*.

stehen, und solche, die die Teilnahme an der Gestaltung der *aktuellen und künftigen* politischen Agenda der EU *voranbringen*.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 2 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Alle Aktionen werden auf transnationaler Basis durchgeführt oder sollten eine klare europäische Dimension haben. Sie unterstützen die *Mobilität* der Bürgerinnen und Bürger sowie den Ideenaustausch innerhalb der *Europäischen* Union.

Geänderter Text

Alle Aktionen werden auf transnationaler Basis durchgeführt oder sollten eine klare europäische Dimension haben. Sie unterstützen die *Mitwirkung* der Bürgerinnen und Bürger sowie den Ideenaustausch innerhalb der Union.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 2 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Die Aspekte Vernetzung und Konzentration auf die Multiplikatoreffekte, einschließlich des Einsatzes von modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und sozialen Medien, spielen eine wichtige Rolle und kommen sowohl in den Arten von Aktivitäten als auch dem Spektrum der beteiligten Organisationen zum Ausdruck. Interaktionen und Synergieeffekte, die sich zwischen den verschiedenen *Stakeholdern* des Programms entwickeln, werden nachdrücklich unterstützt.

Geänderter Text

Die Aspekte Vernetzung und Konzentration auf die Multiplikatoreffekte, einschließlich des Einsatzes von modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und sozialen Medien, spielen eine wichtige Rolle und kommen sowohl in den Arten von Aktivitäten als auch dem Spektrum der beteiligten Organisationen zum Ausdruck. Interaktionen und Synergieeffekte, die sich zwischen den verschiedenen *Interessenträgern* des Programms entwickeln *und die Teilhabe besonders schwer zu erreichender Gruppen fördern*, werden nachdrücklich unterstützt.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 3 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Einzelziel 1: Stärkere Sensibilisierung für das Geschichtsbewusstsein und die Geschichte, Identität und **Zielsetzung der Europäischen Union** durch die Förderung von Debatten, Reflexion und Vernetzung

Geänderter Text

Einzelziel 1: Stärkere Sensibilisierung für das Geschichtsbewusstsein und die **neueste** Geschichte **der Union und Europas mit dem Ziel, die Toleranz, das gegenseitige Verständnis sowie die gemeinsame Identität und gemeinsame Werte und Ziele** durch die Förderung von Debatten, Reflexion und Vernetzung voranzubringen

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Nummer 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Einzelziel 2: Stärkung **einer demokratischen Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene, indem den Bürgerinnen und Bürgern der politische Entscheidungsprozess in der EU nähergebracht wird und Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement und Freiwilligentätigkeit auf EU-Ebene gefördert werden**

Geänderter Text

Einzelziel 2: Stärkung **und Verbesserung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen** der EU **und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, auch durch Entwicklung neuer demokratischer Verfahren und Instrumente**

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	9.10.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 19 -: 4 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alfredo Antoniozzi, Andrew Henry William Brons, Carlo Casini, Andrew Duff, Roberto Gualtieri, Enrique Guerrero Salom, Gerald Häfner, Stanimir Ilchev, Constance Le Grip, David Martin, Morten Messerschmidt, Paulo Rangel, Algirdas Saudargas, Indrek Tarand, Rafał Trzaskowski, Manfred Weber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Zuzana Brzobohatá, Andrea Češková, Marietta Giannakou, Anneli Jäätteenmäki, Sajjad Karim, Vital Moreira, Helmut Scholz, György Schöpflin